



## Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 27. Sitzung des Ausschusses  
für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde  
am 09.05.2017, 18:15 Uhr,  
im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio, Saal,  
Puschkinstraße 13, 16225 Eberswalde

### TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 26. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 11.04.2017
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
  - 7.1. Information Stadtteilentwicklungskonzept Brandenburgisches Viertel
  - 7.2. Information Bebauungskonzept Rudolf-Breitscheid-Straße (ehemaliges NVA-Gelände)
  - 7.3. Information zu einer weiteren Flächenausweisung Ruheforst
  - 7.4. Sonstige Informationen
8. Informationsvorlagen
9. Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/-innen, der Vorsitzenden der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gem. Hauptsatzung

10. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

- 10.1. **Vorlage:** BV/0469/2017      **Einreicher /**  
**zuständige Dienststelle:** 60 - Amt für Hochbau und  
Gebäudewirtschaft  
Genehmigung der Entwurfsplanung und Baubeschluss "Außenanlage STINO"
- 10.2. **Vorlage:** BV/0479/2017      **Einreicher /**  
**zuständige Dienststelle:** 61 - Stadtentwicklungsamt  
Bebauungsplan Nr. 219 "Energie- und Recyclingzentrum"  
Beschluss über die öffentliche Auslegung
- 10.3. **Vorlage:** BV/0477/2017      **Einreicher /**  
**zuständige Dienststelle:** 61 - Stadtentwicklungsamt  
Modernisierungs- und Instandsetzungsvertrag  
Barrierefreie Nutzung Bildungseinrichtung Biesenthaler Straße 14/15
- 10.4. **Vorlage:** BV/0472/2017      **Einreicher /**  
**zuständige Dienststelle:** 65 - Tiefbauamt  
Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen  
der Stadt Eberswalde (Kurztitel: Straßenbaubeitragssatzung)
- 10.5. **Vorlage:** BV/0473/2017      **Einreicher /**  
**zuständige Dienststelle:** 65 - Tiefbauamt  
1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauli-  
che Maßnahmen der Stadt Eberswalde (Kurztitel: Straßenbaubeitragssatzung)
- 10.6. **Vorlage:** BV/0474/2017      **Einreicher /**  
**zuständige Dienststelle:** 65 - Tiefbauamt  
2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauli-  
che Maßnahmen der Stadt Eberswalde (Kurztitel: Straßenbaubeitragssatzung)
- 10.7. **Vorlage:** BV/0483/2017      **Einreicher /**  
**zuständige Dienststelle:** 67 - Bauhof  
Genehmigung vom außerplanmäßigen Haushaltsmitteln im Haushaltsjahr 2016  
für die Sanierung der Hoffläche des Bauhofes der Stadt Eberswalde
- 10.8. **Vorlage:** BV/0470/2017      **Einreicher /**  
**zuständige Dienststelle:** 61 - Stadtentwicklungsamt  
Benennung der neu entstehenden öffentlichen Straße im Geltungsbereich des Bebau-  
ungsplanes Nr. 406/1 "Wohnquartier Westend-Center" in "Delmenhorster Straße"
- 10.9. **Vorlage:** BV/0452/2017      **Einreicher /**  
**zuständige Dienststelle:** Fraktion CDU-Fraktion  
Parkregelung für Kurzzeitparker von 20 auf 30 Minuten erhöhen

## **TOP 1**

### **Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Herr Wolff begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die 27. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt (ABPU).

## **TOP 2**

### **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Zu Beginn der heutigen Sitzung des ABPU sind 10 Mitglieder und 1 zusätzliches Mitglied mit aktivem Teilnahmerecht anwesend (**Anlage 1**).

## **TOP 3**

### **Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 26. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 11.04.2017**

Schriftliche Einwendungen liegen nicht vor, mündliche Einwendungen werden nicht vorgetragen.

## **TOP 4**

### **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Banaskiewicz schlägt vor, die Diskussionen für die folgenden Tagesordnungspunkte:

- 10.4 Vorlage: BV/0472/2017 „Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Eberswalde (Kurztitel: Straßenbeitragsatzung)“,
- 10.5 Vorlage: BV/0473/2017 „1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Eberswalde (Kurztitel: Straßenbaubeitragsatzung)“ und
- 10.6 Vorlage: BV/0474/2017 „2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Eberswalde (Kurztitel: Straßenbaubeitragsatzung)“

in der Gesamtheit zu diskutieren und die Abstimmungen einzeln unter den jeweiligen Tagesordnungspunkten vorzunehmen.

**Abstimmungsergebnis zum Änderungsvorschlag:** einstimmig befürwortet

**Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung:** einstimmig befürwortet

## **TOP 5**

### **Informationen des Vorsitzenden**

Herr Wolff informiert, dass:

- Frau Fellner erkrankt ist und Herr Götze stellvertretend den ABPU begleitet
- dass in der Stadtverordnetenversammlung am 27.04.2017 Herr Wolfgang Rook als sachkundiger Einwohner abberufen und begrüßt Herrn Eckhard Hampel, der als sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der CDU-Fraktion in den ABPU berufen wurde

## **TOP 6**

### **Einwohnerfragestunde**

#### 6.1 Einwohner, Schwappachweg, Eberswalde

- bezieht sich auf die derzeit geführte Diskussion zur Aufhebung des Radverkehrsstreifens in der Heegermühler Straße und verweist auf das 2015 unter Einbeziehung der Bürger und der Politik beschlossene Radverkehrskonzept, welches aus seiner Sicht unbedingt umgesetzt werden sollte
- er appelliert, dass die Radfahrer als gleichwertige Verkehrsteilnehmer respektiert und akzeptiert werden sollten
- er weist darauf hin, dass in den Wintermonaten der Radverkehrsstreifen zeitweilig nicht geräumt wurde und deshalb der herkömmliche Fußwegstreifen durch die Radfahrer genutzt wurde
- gibt den Hinweis, dass nicht an allen Bereichen des Radfahrstreifens die in der Verwaltungsvorschrift unter § 2 Abs.4 geregelte Breite der Radwege von mindestens 1,50 m eingehalten wurde und bittet um Überprüfung und gegebenenfalls um entsprechende Anpassung

#### Herr Sandow:

- bittet zu berücksichtigen, dass ein weiterer Ausbau von Radfahrwegen grundsätzlich befürwortet wird, aber die derzeit getroffene Lösung in der Heegermühler Straße einer Änderung bedarf

Herr Wolff beendet die Einwohnerfragestunde um 18:23 Uhr.

## **TOP 7**

### **Informationen aus der Stadtverwaltung**

Frau Leuschner informiert, dass die Verwaltung im April diesen Jahres ein erstes Gespräch mit dem Landesbetrieb Straßenwesen (LS) bezüglich der veränderten Verkehrssituation in der Heegermühler Straße geführt hat, dem noch weitere Abstimmungen folgen werden. In diesem Gespräch ist vereinbart worden, dass für die vom LS durchgeführten bzw. teilweise noch geplanten Maßnahmen des Anlegens eines beidseitigen Radfahrstreifens eine kritisch-objektive Evaluierung durchgeführt wird. Sie führt weiter aus, dass hierzu ein sogenanntes Verkehrssicherheitsaudit durchgeführt wird, bei dem unabhängige, zertifizierte Auditoren diese Untersuchung und Bewertung vornehmen werden. Frau Leuschner erläutert, dass für das Bundesstraßennetz

das Verkehrssicherheitsaudit empfohlen ist und Anwendung finden muss. Aus diesem Grund ist der LS als Baulastträger und Veranlasser des Projektes „Schutzstreifen“ auch in der Verantwortung, dieses Audit durchzuführen. In den weiteren Absprachen zwischen der Stadt und dem LS wird der Zeitrahmen für die Beauftragung, Durchführung und Ergebnisinformation des Audits festgelegt. Die Verwaltung geht davon aus, dass in der ABPU-Sitzung im Juni weitere Informationen gegeben werden können.

## **TOP 7.1**

### **Information Stadtteilentwicklungskonzept Brandenburgisches Viertel**

Frau Leuschner berichtet über den Status des Brandenburgischen Viertels und Frau Heinz, Büro Ernst, Basler & Partner, informiert zum aktuellen Stand des Stadtteilentwicklungskonzeptes Brandenburgisches Viertel [STEK BV] anhand einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 2**).

Frau Leuschner regt an, eine Diskussion in den Fraktionen zu führen und Meinungen, die in die Fortschreibung des Konzepts aufgenommen werden sollen, auch außerhalb der ABPU-Sitzung an die Verwaltung heranzutragen.

#### Herr Jede:

- bittet um Bereitstellung einer Aufstellung, woher die aufgezeigten Zuwanderungen in den Jahren 2014, 2015 und 2016 rühren, d. h. aus welchen Quellorten die Bürger kommen, um weitblickend den Einzelhandel entsprechend anzupassen

Herr Götze verweist dabei auf den Datenschutz, sagt aber eine Prüfung zu, inwieweit über das Bürgeramt die Daten verfügbar sind

#### Frau Oehler:

- sieht ein Auseinanderdividieren der Zuzügler als nicht erforderlich und angemessen an

#### Frau Wagner:

- regt an, ein Gestaltungskonzept insgesamt für die Grünanlagen zu entwickeln, hierbei führt sie beispielhaft die Stadt Lübbenau an

#### Herr Dr. Mai:

- regte an, Kleingärten im Brandenburgischen Viertel (BV) anzulegen, da sich der Bedarf aufgrund von Nachfragen aus verschiedenen Stadtteilen abzeichnet; dazu sollte der Bezirksverband der Kleingärtner kontaktiert werden

#### Herr Reichling:

- weist darauf hin, dass im BV größtenteils Sandboden vorhanden ist und sich damit das Anlegen von Kleingärten als schwierig erweist; gegebenenfalls sind passende Pflanzenarten zu wählen

#### Herr Sandow:

- schlägt Fassadenbegrünung vor

#### Herr Wittig:

- gibt den Hinweis, dass die Wohnungsunternehmen vermehrt barrierefreie Wohnungen realisieren sollten, zudem sind insbesondere die öffentlichen Straßen und Gehwege weiter barrierefrei umzurüsten

#### Herr Grohs:

- verweist auf den ausstehenden Sanierungsbedarf bis hin zum Rückbau von ungenutzten Straßen und Gehwegen und die generelle Entwicklung der Infrastruktur in diesem Bereich; er regt an, perspektivisch preiswerten Wohnraum durch kleinere Wohnungen zu schaffen

Die Verwaltung nimmt die Anregungen entgegen.

### **TOP 7.2**

#### **Information Bebauungskonzept Rudolf-Breitscheid-Straße (ehemaliges NVA-Gelände)**

Frau Leuschner informiert zum Standort und Herr Kohl, Christoph Kohl Architekten GmbH, stellt das Bebauungskonzept anhand der PowerPoint-Präsentation „Wohnquartier «Am Botanischen Garten» Eberswalde Rudolf-Breitscheid-Straße“ (**Anlage 3**) vor.

Die Mitglieder begrüßen das vorgestellte Bebauungskonzept in Form eines städtebaulichen Konzeptes und reflektieren die vorgestellte Fußgänger Verbindung Bahnhof-Parkplatz-Werner-Forßmann-Krankenhaus-Wohnquartier in Form eines möglichen Brückenschlages als sehr positiv.

### **TOP 7.3**

#### **Information zu einer weiteren Flächenausweisung Ruheforst**

Frau Heidenfelder informiert zur Notwendigkeit einer weiteren Flächenausweisung Ruheforst anhand der PowerPoint-Präsentation „Neuausweisung einer Ruheforstfläche in Eberswalde“ (**Anlage 4**) und bittet um Mitnahme der Information zur Diskussion in den Fraktionen. Ein Rücklauf aus den Fraktionen an das Amt 67 (Bauhof) wird bis Ende Juni erbeten, so dass im September dieses Jahres die Beschlussfassung über die Ausweisung der vorgestellten Fläche als Ruheforstfläche durch die Gremien erfolgen kann, um im Anschluss das Genehmigungsverfahren beim Landkreis Barnim einzureichen. Sie erläutert, dass vorgesehen ist, mit Beginn oder Mitte des nächsten Jahres diese Fläche der Ruheforst GmbH zur Verfügung zu stellen.

### **TOP 7.4**

#### **Sonstige Informationen**

Herr Götze informiert, dass in Beantwortung auf die im öffentlichen Teil der 24. Sitzung des ABPU am 07.02.2017 unter TOP 6 „Einwohnerfragestunde“ gestellte Anfrage eine Information zur Energieeffizienz der Heizung des Bürgerbildungszentrums „Amadeu Antonio“ vor der Sitzung an alle Mitglieder und sachkundigen Einwohner verteilt wurde (**Anlage 5**).

Frau Leuschner berichtet, dass eine Information zur Evaluierung des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes vor der Sitzung an alle Mitglieder und sachkundige Einwohner verteilt wurde und schlägt vor, dass dieses Thema in der ABPU-Sitzung im September 2017 erneut auf die Tagesordnung gesetzt wird, um ein Feedback aus den Fraktionen zu erhalten (**Anlage 6**).

Frau Köhler informiert über die geplante Erneuerung der Sandfänge und Abscheideranlagen Finnow-Ost anhand einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 7**).

Frau Köhler informiert, dass sich bei der Ausschreibung der Bauleistungen für die geplante Straßenbaumaßnahme in der Paul-Trenn-Straße erhöhte Herstellungskosten ergeben haben, die eine Erhöhung des von den Anliegern zu zahlenden Beitrages mit sich führten. Aufgrund dessen wurden die Anwohner gemäß dem Leitfaden zu Straßenausbaumaßnahmen bei einer Kostensteigerung erneut befragt mit dem Ergebnis, dass sich unter diesen Bedingungen die Mehrheit der Grundstückseigentümer gegen die Herstellung der Anlage Paul-Trenn-Straße ausgesprochen hat. Die Ausschreibung wurde demzufolge aufgehoben.

Frau Köhler teilt mit, dass die Fertigstellung der Baumaßnahme in der Rudolf-Breitscheid-Straße aufgrund von länger dauernder Winterzeit, verzögerten Bauablauf durch die ausführende Baufirma, Lieferengpässen bei den bestellten Naturmaterialien und aufgetretenen Problemen bei der Verlegung der Regenwasserleitungen nicht zum 31.05.2017 sondern voraussichtlich erst zum 31.08.2017 zugesagt werden kann.

Herr Dr. Mai:

- bittet um Information im ABPU, wenn der Verwaltung ein finanzieller Schaden aufgrund von auftretenden Bauverzögerungen entstanden ist und deshalb den ausführenden Baufirmen Kosten in Rechnung gestellt wurden

Herr Banaskiewicz:

- regt an, dass zeitliche Verzögerungen an Baumaßnahmen, die durch das Verschulden von beauftragten Baufirmen eintreten, öffentlich bekanntgegeben werden sollten, um die Kritik von der Verwaltung abzuwenden

Frau Köhler nimmt Bezug auf die im öffentlichen Teil der 27. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21.02.2017 unter TOP 11.14 gestellte Anfrage von Herrn Baaz, in dem er sich auf den durch den Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserversorgung Eberswalde (ZWAE) durchzuführenden Anschluss der Altenhofer Straße an die Schmutzwasserentsorgung von der Ecke Erich-Steinfurth-Straße in Richtung Lichterfelde bezieht und informiert, dass der Verwaltung im Rahmen der Genehmigungsplanung nun die Planungsunterlagen zugestellt wurden, in denen erkennbar ist, dass die Verlegung der Abwasserleitung in der Erich-Steinfurth-Straße bis hin zur Altenhofer Straße 15 a in diesem Jahr vorgesehen ist. Sie führt weiter aus, dass von der Erich-Steinfurth-Straße bis zur Straße Am Wasserturm nach dem jetzigen Planungsstand eine Freispiegelleitung und von der Straße Am Wasserturm bis zur Altenhofer Straße 15 a eine Druckleitung verlegt werden soll. Nach jetzigem Stand ist die Verlegung der Regenwasserleitung in die Fahrbahn auf der westlichen Seite vorgesehen, eine Fahrbahnerneuerung ist nicht geplant, lediglich die Wiederherstellung der Asphaltoberfläche im Bereich der Leitungstrasse.

Frau Köhler bezieht sich auf die im öffentlichen Teil der 26. Sitzung des ABPU am 11.04.2017 unter TOP 9.8 gegebenen Hinweis von Herrn Banaskiewicz, dass die Ampelschaltung von Oderberg kommend, zur Breite Straße in den Nachstunden nicht korrekt geschaltet ist und informiert, dass der LS bereits in Kenntnis gesetzt wurde; ein Ergebnis der Prüfung liegt derzeit noch nicht vor

## **TOP 8**

### **Informationsvorlagen**

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

## **TOP 9**

### **Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/-innen, der Vorsitzenden der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gem. Hauptsatzung**

#### Herr Bohn:

- regt an zu prüfen, ob die Ampelanlage in der Michaelisstraße ausgeschaltet werden kann, da die Eisenbahnstraße aufgrund der Baumaßnahme „Knotenpunkt Friedensbrücke“ in einer Sackgasse endet
- regt an zu prüfen, ob in der Wilhelmstraße, von der Berger Straße kommend in Richtung Eisenbahnstraße, eine Fahrbahnmarkierung für Linksabbieger und für Geradeausfahrer/Rechtsabbieger für die Zeit der Baumaßnahmen vorgenommen werden kann

Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu.

#### Herr Banaskiewicz:

- begrüßt die heute unter TOP 7 gegebene Information der Verwaltung zur Radverkehrssituation in der Heegermühler Straße und den Entschluss, die Situation der neuen Verkehrsführung in der Heegermühler Straße erneut zu prüfen; er regt an, eine andere Lösung zu finden, um den Verkehr wieder flüssiger zu gestalten und dass nicht nur die Notwendigkeit aufgezeigt wird

#### Herr Reichling:

- nimmt Bezug auf die in der Märkischen Oderzeitung wiedergegebene Meinung eines Ausschussmitgliedes, dass der Radverkehrsstreifen durch eine „Nacht- und Nebel-Aktion“ umgesetzt wurde und möchte dies ausdrücklich widerlegen; er stellt richtig, dass die Umsetzung durch den LS umgesetzt wurde und die Verwaltung im Vorfeld das Radnutzungskonzept, welches jedem Ausschussmitglied vorliegt, vorgestellt hat und gemeinsam beschlossen wurde; er sieht den Vorwurf gegenüber der Stadt als nicht gerechtfertigt an und regt an, dass, wenn kritisiert wird, Alternativen aufgezeigt werden sollten, denn so wie die Radverkehrsführung vor der Umgestaltung der Heegermühler Straße war, sollte sie keines Falls wieder werden

Herr Sandow:

- vertritt die Meinung, dass das Radnutzungskonzept vor der Beschlussfassung nicht ausreichend für die Bürger publik gemacht wurde; regt an, dass das Thema in der jetzigen Situation erneut aufgegriffen wird

Herr Baaz:

- weist darauf hin, dass bei der Einführung von neuen Straßensituationen die Einhaltung der Straßenverkehrsordnung von allen Verkehrsteilnehmern erfolgen muss und mehr Rücksicht genommen werden sollte

Herr Prof. Peters:

- gibt den Hinweis, dass grundsätzlich zwischen Verkehrssicherheitsaspekten und Konzepten der Verkehrsführung zu trennen ist und sieht die derzeit umgesetzte Radwegführung in der Stadt als sehr positiv an und auch als notwendig; er vertritt die Auffassung, dass eine fahrradfreundliche Stadt die Stadt für junge Leute und Studierende attraktiv macht, insbesondere im Hinblick auf den hiesigen Standort der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde; inwieweit die Realisierung öffentlich kommuniziert wurde und zukünftig wird, sollte geprüft werden

Herr Grohs:

- fragt an, in welchem Zeitrahmen die Vorstellung der Konzeptfortschreibung für den Familiengarten in den Gremien vorgesehen ist und nimmt dabei Bezug auf die vorliegende Beantwortung der Anfrage AF/0082/2017 der CDU-Fraktion, dass der Konzeptentwurf zurzeit erstellt und in den entsprechenden Fachausschüssen im Mai und Juni 2017 vorgestellt wird; er bittet zu prüfen, wie mit der für Mai 2017 vorgesehenen Beschlussvorlage im Hinblick auf die bevorstehende Sommerpause und der zu verzeichnenden Verspätung der Zeitschiene umgegangen werden soll

Die Verwaltung nimmt die Anfrage mit.

Herr Jede:

- bezieht sich auf seine unter TOP 7.1 gestellte Anfrage, eine Aufstellung, woher die aufgezeigten Zuwanderungen in den Jahren 2014, 2015 und 2016 rühren zur Verfügung zu stellen und erläutert die Notwendigkeit der Angaben aus welchen Quellorten die Bürger kommen, um weitblickend den Einzelhandel entsprechend anzupassen

Herr Dr. Mai:

- regt an zu prüfen, ob das neu zu planende Parkhaus am Bahnhof in Holzbauweise zu realisieren ist und bittet im weiteren Verfahren mit Herrn Prof. Dr.-Ing. Ulrich Schwarz, Fachbereich Holzingenieurwesen der Hochschule für nachhaltige Entwicklung (HNEE) Kontakt aufzunehmen, um dann auch die Idee im ABPU vorstellen zu lassen

Frau Wagner:

- fragt nach dem aktuellen Stand zur Klärung des Problems mit der abwassertechnischen Anlage im Bereich des Haupteinganges des Bürgerbildungszentrums „Amadeu Antonio“

Herr Bessel informiert, dass ein Problem an der abwassertechnischen Anlage besteht und derzeit im Rahmen der Gewährleistungsfrist geklärt wird

## **TOP 10**

### **Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)**

#### **TOP 10.1**

**Vorlage:** BV/0469/2017

**Einreicher /**

**zuständige Dienststelle:** 60 - Amt für Hochbau und  
Gebäudewirtschaft

### **Genehmigung der Entwurfsplanung und Baubeschluss "Außenanlage STINO"**

Herr Uwe Grohs erklärt sich für befangen und nimmt weder an der Diskussion noch an der Abstimmung teil.

Herr Stefan Grohs erklärt sich für befangen und nimmt nicht an der Diskussion teil.

Herr Stephan Grohs, Ingenieurbüro für Bauplanung GmbH Eberswalde, stellt die Entwurfsplanung anhand der PowerPoint-Präsentation „Jugendclub „Stino“ Umgestaltung der Außenanlagen“ (**Anlage 8**) vor.

Herr Wolff regt nach eingehender Diskussion an, dass im Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport am 10.05.2017 durch das Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft und dem Ingenieurbüro eine zusätzliche Information zum Platanbelag gegeben wird und dass aufgrund der gegebenen Hinweise bezüglich einer unzureichenden Beschlussvorlage, aussagekräftige Unterlagen zur Entwurfsplanung der Vorzugsvariante 3a zum Hauptausschuss nachgereicht werden.

Herr Bessel sagt dies zu.

Herr Melzow stellt den Änderungsantrag, dass der Beschlusstext im 1. Absatz um die Worte „**in der Vorzugsvariante 3a**“ ergänzt wird.

Der Einreicher befürwortet die Änderung.

**Abstimmungsergebnis über die Beschlussvorlage mit geändertem Beschlusstext:**  
mehrheitlich zugestimmt

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt dem Hauptausschuss nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Hauptausschuss stimmt der Planung zur Herrichtung der Außenanlage am Jugendclub STINO **in der Vorzugsvariante 3a** einschließlich Umbau des Parkraumes zu und beschließt den Bau der Außenanlage am Jugendclub STINO einschließlich Umbau des Parkraumes.

2. Die gemäß Beschluss des Hauptausschuss (Beschluss-Nr. H 117/26/17) mit einem Sperrvermerk versehenen Mittel für die Baumaßnahmen zur Herrichtung der Außenanlage am Jugendclub STINO werden freigegeben.

## **TOP 10.2**

**Vorlage:** BV/0479/2017

**Einreicher /**

**zuständige Dienststelle:** 61 - Stadtentwicklungsamt

### **Bebauungsplan Nr. 219 "Energie- und Recyclingzentrum"**

#### **Beschluss über die öffentliche Auslegung**

Herr Dr. Mai:

- regt an, den Verantwortlichen vom Landkreis Barnim zu einer ABPU-Sitzung einzuladen, um belastbare Auskünfte zu den geplanten Anlagen des Bebauungsplans Nr. 219 zu erhalten

Herr Melzow stellt den Änderungsantrag, dass die in der Anlage der Beschlussvorlage, in der textlichen Festsetzung, Festsetzung zur Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB) TF 2, Absatz 2, die Nr. 2 f allgemein zulässigen Biomasseanlagen und Absatz 3, die Nr. 1 a) ausnahmsweise zulässigen Biomasseanlagen ersatzlos zu streichen sind.

Der Einreicher stimmt dem zu.

**Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag:** Ja 6 / Gegenstimme 1/ Enthaltungen 3

*Herr Banaskiewicz stellt als Vertreter der Bürgerfraktion den Antrag, dass das korrekte Abstimmungsergebnis in der Niederschrift aufgenommen und zur Stadtverordnetenversammlung entsprechend wiedergegeben wird.*

Herr Wolff sagt dies zu.

**Abstimmungsergebnis mit befürworteten Änderungen:** einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

#### **Beschlussvorschlag:**

##### **1. Billigungs- und Auslegungsbeschluss**

Der nach Maßgabe der Synopse vom 08.08.2014 erarbeitete Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 219 "Energie- und Recyclingzentrum" und seine Begründung werden in der vorliegenden Fassung vom 18. April 2017 gebilligt.

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 219 "Energie- und Recyclingzentrum" und seine Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und die Behörden und Träger öffentlicher Belange zu beteiligen.

Fristgerecht vorgebrachte Stellungnahmen sind der Stadtverordnetenversammlung zur Prüfung und Entscheidung vorzulegen.

## **2. Auftrag zur ortsüblichen Bekanntmachung**

Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über die öffentliche Auslegung sowie Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB bekannt zu machen, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind.

### **TOP 10.3**

**Vorlage:** BV/0477/2017

**Einreicher /**

**zuständige Dienststelle:** 61 - Stadtentwicklungsamt

### **Modernisierungs- und Instandsetzungsvertrag**

### **Barrierefreie Nutzung Bildungseinrichtung Biesenthaler Straße 14/15**

Herr Grohs:

- fragt, wie die 25jährige Zweckbindungsfrist der Fördermittel abgesichert ist im Fall einer Insolvenz

Nach eingehender Diskussion sagt die Verwaltung eine Prüfung zu, inwieweit die Stadt sich als Vertragspartner im Fall einer Nichtzahlungsfähigkeit durch den Eigentümer absichern kann, gegebenenfalls durch die Eintragung im Grundbuch mit einer Zweckbindung über 25 Jahre.

Herr Pringal stellt den Antrag, die Nichtöffentlichkeit herzustellen, weil schutzwürdige Belange Dritter betroffen sind.

Die Nichtöffentlichkeit der Sitzung wird um 21:04 Uhr hergestellt.

Nach Behandlung der Angelegenheiten, die der Nichtöffentlichkeit bedürfen, wurde die Öffentlichkeit der Sitzung um 21:08 Uhr wieder hergestellt.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt dem Hauptausschuss nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

### **Beschlussvorschlag:**

Dem Abschluss des Modernisierungs- und Instandsetzungsvertrages mit der Terra Libra Immobilien GmbH zum Anbau eines Aufzuges zur barrierefreien Nutzung der Bildungseinrichtung in der Biesenthaler Straße 14/15 durch den Waldorfpädagogik Barnim e.V. im Rahmen der Städtebauförderungsrichtlinie StBauFR 2015 wird zugestimmt.

#### **TOP 10.4**

**Vorlage:** BV/0472/2017

**Einreicher /**

**zuständige Dienststelle:** 65 - Tiefbauamt

#### **Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Eberswalde (Kurztitel: Straßenbaubeitragssatzung)**

Herr Wolff informiert, dass gemäß der unter TOP 4 „Feststellung der Tagesordnung“ abgestimmten Änderung die Beschlussvorlagen der Tagesordnungspunkte 10.4., 10.5 und 10.6 in Gesamtheit diskutiert und nur die jeweilige Abstimmung einzeln vorgenommen wird.

Frau Köhler informiert, dass mit der Beschlussvorlage die 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Eberswalde geheilt werden soll. Diese Satzung bezieht sich auf die Straßenbaubeitragssatzung, die aufgrund der Heilung wegen Nichtigkeit (gemäß der Sachverhaltsdarstellung zur Beschlussvorlage BV/0472/2017) mit Beschlussfassung am 01.06.2017 rückwirkend in Kraft zu setzen ist. Da diese Ausgangssatzung (Straßenbaubeitragssatzung) rückwirkend in Kraft gesetzt werden soll, müssen auch die auf sie bezogenen Änderungssatzungen durch rückwirkendes in Kraft setzen geheilt werden. Terminologisch ist es nach Beschlussfassung der Ausgangssatzung am 01.06.2017 vorgesehen; deshalb stehen die in den Beschlussvorlagen BV/0473/2017 und BV/0474/2017 gefassten Formulierungen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage 1 beigefügte Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Eberswalde (Kurztitel: Straßenbaubeitragssatzung).

#### **TOP 10.5**

**Vorlage:** BV/0473/2017

**Einreicher /**

**zuständige Dienststelle:** 65 - Tiefbauamt

#### **1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Eberswalde (Kurztitel: Straßenbaubeitragssatzung)**

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage 1 beigefügte 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Eberswalde (Kurztitel: Straßenbaubeitragssatzung).

**TOP 10.6****Vorlage:** BV/0474/2017**Einreicher /****zuständige Dienststelle:** 65 - Tiefbauamt**2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Eberswalde****(Kurztitel: Straßenbaubeitragssatzung)****Abstimmungsergebnis:** einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage 1 beigefügte 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Eberswalde (Kurztitel: Straßenbaubeitragssatzung).

**TOP 10.7****Vorlage:** BV/0483/2017**Einreicher /****zuständige Dienststelle:** 67 - Bauhof**Genehmigung vom außerplanmäßigen Haushaltsmitteln im Haushaltsjahr 2016 für die Sanierung der Hoffläche des Bauhofes der Stadt Eberswalde**Herr Banaskiewicz:

*- informiert als Vertreter der Bürgerfraktion Eberswalde, dass die Fraktion sich abgestimmt hat, zukünftig Beschlussvorlagen, die im Zusammenhang mit dem Bauhof und finanziellen Auswirkungen stehen, nicht zuzustimmen, weil die Beantwortung der Anfrage, die von der Fraktion zum Nachweis der Rentabilität des Bauhofs noch aussteht*

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt dem Hauptausschuss nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt den Übertrag von außerplanmäßigen Mitteln i.H.v. 210.000,00 € im Haushaltsjahr 2016 für die grundhafte Sanierung der Hoffläche des Bauhofes der Stadt Eberswalde, Am Wurzelberg 7, 16225 Eberswalde.

## **TOP 10.8**

**Vorlage:** BV/0470/2017

**Einreicher /**

**zuständige Dienststelle:** 61 - Stadtentwicklungsamt

**Benennung der neu entstehenden öffentlichen Straße im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 406/1 "Wohnquartier Westend-Center" in "Delmenhorster Straße"**

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

### **Beschlussvorschlag:**

Der Benennung der neu entstehenden öffentlichen Straße, in der Anlage 1 gelb dargestellt, im Geltungsbereich des BPL Nr. 406/1 „Wohnquartier Westend Center“ in „**Delmenhorster Straße**“ wird zugestimmt.

## **TOP 10.9**

**Vorlage:** BV/0452/2017

**Einreicher /**

**zuständige Dienststelle:** Fraktion CDU-Fraktion

**Parkregelung für Kurzzeitparker von 20 auf 30 Minuten erhöhen**

Frau Leuschner antwortet aus Sicht der Verwaltung und erläutert, dass dadurch eine Reduzierung von Stellflächen in Form der Verringerung der Stellplatzverfügbarkeit vollzogen wird, die aber ein Ziel des Parkraumbewirtschaftungskonzepts (PRBK), nämlich eine Fluktuation auf den Stellplätzen zu erreichen, darstellt. Weiter geht sie auf die finanziellen Auswirkungen ein; es entstehen Kosten für das Umprogrammieren der Automaten und eine Reduzierung der Einnahmen. Sie führt aus, dass die „Brötchentaste“ explizierter Bestandteil des (PRBK) und ein ausgewogenes System ist. Wenn Regelungen geändert werden, muss das gesamte Konzept überarbeitet bzw. neu beschlossen werden. Sie informiert, dass die Verwaltung vorsieht, für das 2008 beschlossene und bereits 2011 durch eine Evaluierung überarbeitete PRBK, eine neue Evaluierung am Ende 2017 bis 2018 vorzunehmen, unter Prüfung des Vorschlages, die Parkregelung für Kurzzeitparker von 20 auf 30 Minuten zu erhöhen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich abgelehnt

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung nicht vorzunehmen:

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die bestehende Parkregelung für Kurzzeitparker, in den parkgebührenpflichtigen Bereichen, die ein kurzzeitiges kostenfreies Parken ermöglicht, von 20 auf 30 Minuten zu erhöhen.

Herr Wolff beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:41 Uhr.

Jürgen Wolff  
Vorsitzender des Ausschusses  
für Bau, Planung und Umwelt

Anja Guth  
Schriftführerin

---

Gemäß § 13 Abs. 2 Pkt. 10 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde wurden die kursiv dargestellten Wortbeiträge in die Niederschrift aufgenommen.

## Sitzungsteilnehmer/innen:

- **Vorsitzender**  
Jürgen Wolff
  
- **Stellvertreter des Vorsitzenden**  
Eckhard Schubert
  
- **Ausschussmitglied**  
Otto Baaz  
Frank Banaskiewicz  
Uwe Grohs  
Martin Hoeck  
Dr. Hans Mai  
Jens-Olaf Melzow  
Karen Oehler  
Roy Pringal  
vertreten durch Frau Dr. Klavehn
  
- **zusätzliches Ausschussmitglied**  
Viktor Jede
  
- **sachkundige Einwohner/innen**  
Richard Bloch  
Matthias Bohn  
Stefan Grohs  
Eckhard Hampel  
Dr. rer. nat. Siegbert Kusserow  
Andreas Reichling  
Riccardo Sandow  
Karin Wagner  
Thomas Walther  
Hartmut Wittig  
entschuldigt
  
- **Ortsvorsteher/in**  
Werner Jorde  
entschuldigt
  
- **Dezernent/in**  
Anne Fellner  
vertreten durch Herrn Götze (stellvertretender Baudezernent)

- **Beiräte gemäß Hauptsatzung**

Bodo Heinrich

Prof. Dr. Jürgen Peters

- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**

Bert Bessel

Udo Götze

Katrin Heidenfelder

Heike Köhler

Silke Leuschner

Beatrix Pohl

Severine Wolff

- **Gäste**

Torsten Haubold

zu TOP 7.2

Katrin Heinz

zu TOP 7.1

Christoph Kohl

zu TOP 7.2

Dr. Matthias Kühne

zu TOP 7.2